



Blick auf Beromünster

Eine Kultur der Offenheit hat sich entwickelt

Die Fusion zwischen Beromünster und Schwarzenbach war die erste im Kanton Luzern. Für die Gemeinde Beromünster hatte sie Signalwirkung, sagt ihr heutiger Gemeindepräsident Charly Freitag mit Blick auf das 10-jährige Jubiläum.

Was brachte die erste Fusion im Kanton?

Die Fusionen im Michelsamt waren von Beginn ein Prozess, und dieser Prozess stellte sich in der Folge als sehr wichtig heraus. Sachlich sind Fusionen leicht zu erklären, aber das Herz muss mitkommen. Dieser Prozess ist im Michelsamt gut gelungen, weil er im Kleinen

stattgefunden hat und sich entwickeln konnte.

Was heisst «im Kleinen stattgefunden»?

Beromünster und Schwarzenbach waren zuerst eine Verwaltungsgemeinschaft. Der Prozess war mühsam und organisatorisch schwerfällig, weil noch immer zwei Räte bestanden.

Das Zusammengehen schaffte Synergien, sowohl verwaltungstechnisch und vorab auch politisch. Die Fusion war ein Signal; sie führte zu fünf weiteren Fusionsprozessen (siehe Kasten S. 3).

Was hat sich in diesem Prozess verändert?

Mit Schwarzenbach und Beromünster war die Auseinander-

Dankeschön!

Herzliche Gratulation an die Gemeinden, die vor zehn Jahren den Weitblick hatten, eine Fusion einzugehen. Unser Nachfragen zeigt, dass die zweite Generation der Gemeinderäte kein leichtes Erbe angetreten hat. Sie musste Knochenarbeit leisten, und zwar in allen Bereichen einer Gemeinde. Die schwierigste Aufgabe war wohl, Entscheide, die nicht für die gesamte Bevölkerung ein-

sichtig waren, immer wieder zu erklären. Für all das gebührt ihnen ein grosses Dankeschön. Die Fusion hat die Gemeinden vorwärts gebracht: Darin sind sich die zwei Gemeindepräsidenten und die Präsidentin einig. Unisono betonen sie aber auch, dass der Prozess längst nicht abgeschlossen ist, und dass das Zusammenwachsen noch viel Zeit benötigen wird. Im Kanton Luzern sind Fusionen

seltener geworden. Das heisst nicht, dass die Strukturbereinigung abgeschlossen wäre. Auch in Zukunft haben die Gemeinden viele neue und anforderungsreiche Aufgaben zu bewältigen. Und das bei knappen Budgets bei den Gemeinden und beim Kanton. Synergien nutzen und Strukturen anpassen, ist auch in Zukunft angesagt.



Yvonne Schärli-Gerig
Regierungsrätin

«Uns ist es gelungen, die Stärken der damaligen Gemeinden mitzunehmen»

setzung noch einfach. Das zeigte sich an den einstimmigen Ja zur Fusion an beiden Gemeindeversammlungen. Danach wurde sie emotionaler. Mit Gunzwil und Neudorf waren grössere Gemeinden beteiligt und erstmals gab es Opposition. Es entstand eine Unsicherheit in der Kommunikation und die Fragen: «Wie gehen wir um mit Kritikern? Ignorieren wir sie oder nehmen wir sie ernst?» Ich wurde 2009, nach der Fusion mit Gunzwil, Gemeinderat und durfte von einer guten Diskussionskultur profitieren. Die Gemeinden im Michelsamt wussten bereits, was eine Fusion bedeutet.

Was bedeutet eine Fusion für die Ortsteile?

Klar, der Name Beromünster war gesetzt wegen der nationalen und internationalen kulturellen Ausstrahlung der Gemeinde. Letztlich ist eine Fusion aber immer ein Zusammengehen. Uns ist es gelungen, die Stärken der damaligen Gemeinden mitzunehmen: von Beromünster die kulturelle Ausstrahlung und Weltoffenheit; von Schwarzenbach den Innovationsgeist, von Gunzwil die Bodenständigkeit und Sparsamkeit, von Neu-

dorf die Innovationskraft und den Ideenreichtum.

Und was ist daraus entstanden?

Diese unterschiedlichen Kulturen ergaben eine starke Kombination und eine neue Ausgangslage. Früher waren wir eine Gemeinde mit 2000 Einwohnerinnen und Einwohnern, heute sind wir eine mit 6000. Was früher noch funktioniert hat, geht heute nicht mehr. Deshalb mussten wir neue gemeinsame Spielregeln finden.

Wie hat sich die Aussage bewahrt, Fusionen brächten finanzielle Vorteile?

Für Beromünster hat sie sich stark bewahrt. Es gelang uns, in den vergangenen Jahren ausgeglichene Rechnungen zu haben. Die damalige Verschuldung wurde in ein Pro-Kopf-Vermögen umgewandelt und das anvisierte Ziel des Steuerfusses unter 2,0 Einheiten ist erreicht worden.

Wurden auch Investitionen getätigt?

Während der Fusionsphase wollten wir das Nötige tun, aber uns auch nichts vergeben. Denn wir wussten nicht, wie unsere zukünftigen Strukturen aussehen würden. Nachdem 2013 Neudorf zu uns gestossen war, fragten wir uns, wohin die neue Gemeinschaft gehen soll. Mit der Bevölkerung zusammen wurde ein Leitbildprozess gestartet. Daraus sind schliesslich drei grosse Projekte entstanden: die Orts- und Zonenplanung, die Schulraumplanung. Aktuell sind wir am Planungsbericht Alters- und Pflegeheim.

Und für all das gibt es die nötigen finanziellen Ressourcen?

Wir haben aktuell ein Pro-Kopf-Vermögen und wir sind gut ausgestattet. Ich muss aber darauf hinweisen, dass die einstigen Gemeinden schwere strukturelle Probleme hatten. Keine hätte in der bisherigen Art weiterfahren können.

Wie ist die Gemeinde Beromünster auf den auslaufenden Besitzstand vorbereitet?

Das ist eine Herausforderung, die wir von Beginn weg angegangen sind. Es war ein erklärtes Ziel der Fusion, dass wir bereit sind, wenn die Gelder des Kantons ausgehen. Dieses Ziel möchten wir auch erreichen und sind guter Dinge, dass wir es schaffen.

Wie wurden die neuen Möglichkeiten der Raumplanung genutzt?

Ursprünglich hatte jede eigene Gemeinde ihre Zonen. Wir waren aufgefordert, diese Vielfalt der Zonen in eine Einheit zu bringen. Heute platzieren wir die Betriebe nicht anhand von ehemaligen Grenzen, sondern am richtigen Ort. Ein wichtiger raumplanerischer Punkt ist die Umfahrung von Beromünster: Sie ist nicht fusionsabhängig. Für uns ist der Entscheid des Kantons der grösste raumplanerische Gewinn.

Existiert die Tagesschule in Schwarzenbach noch?

Die gibt es noch. Das Volksschulbildungsgesetz verlangt eine ganzheitliche Tagesbetreuung über das gesamte Gemeindegebiet. Mittelfristig werden wir die Tagesschule im Zentrum anbieten müssen. Solange es jedoch in Schwarzenbach genügend Schülerinnen und Schüler gibt, wird die Schule bestehen bleiben.

Und wie steht es mit Anonymisierung und Demokratieverlust in der fusionierten Gemeinde?

Wir sind ein grösseres Gebilde geworden, und das ist mit Anonymität verbunden. Der moderne Bürger wünscht heute auch eine gewisse Anonymität; sie darf sein. Dass auf der Strasse Gemeindegeschäfte erledigt werden, gehört nicht zum heutigen Zeitgeist. Die Menschen erwarten von der Gemeinde eine professionelle und rasche Abwicklung der Geschäfte, und das ist unsere Stärke.

Und die politische Beteiligung?

Unsere Gemeindeversammlungen sind gut besucht – mit Personen aus allen Ortsteilen. Die Kommissionen



Charly Freitag
Gemeindevorstand Beromünster



Der Landessender steht seit der Fusion auf «Möschterer» Boden

funktionieren wie vorher, die Ortsparteien sind sogar aktiver geworden. Durch die Ausdehnung des Gemeindegebiets haben sich mehr Gleichgesinnte gefunden.

Seit zehn Jahren ist die Gemeinde in einem Veränderungsprozess. Wie gehen Gemeinderat und Verwaltung damit um?

Inzwischen sind wir Teams, die sich in diesen Prozessen wohlfühlen. Fusionen beinhaltet auch die Chance, Geschäfte neu anzugehen, zu verändern, sie neu zu strukturieren. Inzwischen hat sich bei uns eine Kultur der Offenheit gegenüber Veränderungsprozessen herausgebildet.

Wie wird Beromünster in zehn Jahren aussehen?

Beromünster wird sich noch einmal sehr stark verändern: wegen der neuen Zonenplanung, der Entlastungsstrasse und der Neugestaltung des Fleckens, wegen der Rückbesinnung

auf Kultur und auf die Naherholungsräume, aber auch wegen der Nähe zu Sursee und der Y-Achse. Beromünster wird in zehn Jahren noch gefragter sein. Ja, die Fusionen sind für uns ein Gewinn.

«Beromünster wird sich stark verändern.»

Fusionen im Michelsamt

September 2004	Fusion Beromünster-Schwarzenbach	in Kraft
November 2004	Fusionsabstimmung Beromünster, Gunzwil und Neudorf	Ablehnung
2007	Pfeffikon prüft einen Kantonswechsel	Abbruch
2008	Fusionsabklärung Rickenbach und Pfeffikon	Abbruch
Januar 2009	Fusion Beromünster und Gunzwil	in Kraft
Juni 2011	Fusionsabklärung Beromünster, Neudorf, Rickenbach und Pfeffikon	Abbruch
Januar 2013	Fusion Beromünster und Neudorf Fusion Rickenbach und Pfeffikon	in Kraft in Kraft

Eine wache und aktive Gemeinde

Für Martin Ulrich, seit 2010 Gemeindepräsident von Triengen, stellt sich die Fusionsfrage schon lange nicht mehr: «Für mich gibt es ein Triengen und das bringt uns vorwärts.» Im Jubiläumsjahr macht er eine Ausnahme und hält Rückschau.

Was hat sich in den zehn Jahren seit der Fusion in Triengen verändert? «Wir sind ein ländliches Zentrum mit einem starken Zusammengehörigkeitsgefühl und überdurchschnittlicher Vereinstätigkeit. Es ist für alle selbstverständlich geworden, dass sich Triengen im Zentrum entwickeln muss. Denn nicht jeder Ortsteil kann eine eigene Wachstums- und Entwicklungsstrategie haben. Aber jeder Teil behält seine eigene Identität im Kulturellen und auf Vereinsebene, und diese soll gepflegt werden.»

Das Zentrum wurde gestärkt

Nach Martin Ulrich wurde das Zentrum Triengen gestärkt durch die Verwaltung vor Ort, zudem ist klar, dass die Ortsplanung vom Zentrum ausgehen muss: «Triengen kann seine Zentrumsfunktion im unteren Surental wahrnehmen. Wir sind hier – ausser Sursee – die einzige Gemeinde mit einem Oberstufenzentrum bis zur 3. Sekundarstufe. Auch die Regiowehr Triengen, die sich schon 1999 mit allen Ortsteilen verbunden hat, funktioniert bestens.» Triengens Ge-

meindepräsident verweist auf Kulmerau, Wilihof und Winikon (letzteres kam 2009 zur Gemeinde Triengen): «Wir haben Ortsteile, die sich für ihre Belange einsetzen: Abfallentsorgung, öffentlicher Verkehr (öV), Verkehrsberuhigung, Bauzonen, Schule.» Nicht immer gelinge es, alle Erwartungen zu erfüllen. So verfüge das Zentrum heute über sehr gute öV-Anschlüsse, die anderen Ortsteile würden jedoch nicht mehr wie früher bedient.

Ortsteile konnten wachsen

Heisst das auch, dass in den Ortsteilen kein Wachstum stattgefunden hat? «Im Gegenteil», meint Martin Ulrich: «Hatten die Ortsteile früher ein Baugesuch pro Jahr, sind es seit der Fusion drei bis fünf. Gefragt sind vor allem Einfamilienhäuser für Leute, die gerne auf dem Land wohnen und gleichzeitig von einem guten Dienstleistungsangebot profitieren wollen.» Dies wegen Kriterien wie: Familienfreundlichkeit der Gemeinde, Arbeitsplatz, Verkehrsanbindung und umfassende Dienstleistungen. Für Ulrich kommt der Steuerfuss erst auf Rang 6

bis 8, wenn es um Ansiedelungen geht.

Strategie hat nicht funktioniert

Das fusionierte Triengen setzte in den ersten Jahren vor allem auf die Strategie Schulden tilgen und den Steuerfuss senken. Diese Strategie beurteilt der Gemeindepräsident heute kritisch. Sie habe aus zwei Gründen nicht funktioniert: Man habe zu stark auf Schuldenabbau und Steuerfussenkungen gesetzt und dabei die Investitionen vernachlässigt: «Dann standen Sanierungen an, und die Gemeinde verfügte kaum über Eigenkapital. Es begann der mühsame Prozess, der Bevölkerung massive Steuerfussanpassungen nach oben zu erklären. Heute sind wir über dem Berg. Wir verfügen über genügend Eigenkapital und sind wieder handlungsfähig. Unser Steuerfuss liegt nun aktuell bei 2,2 Einheiten.»

Land am falschen Ort

Den zweiten Grund für das Nicht-Funktionieren der Strategie sieht

Fortsetzung S. 6



Martin Ulrich
Gemeindepräsident
Triengen

Triengen mit Wilihof (im Vordergrund)



Das ländliche Triengen: Kulmerau und Winikon (hinten rechts)

Fortsetzung von S. 4

er im Angebot des Baulandes am falschen Ort: «Jede Gemeinde hatte ihren eigenen Zonenplan mit der Folge, dass die Gemeinde zwar über viel Bauland in Wilihof, Kulmerau und Winikon verfügt. Der Kanton und ein neues Gesetz erlaubten es jedoch nicht, im Zentrum Land einzuzonen oder andernorts auszuzonen.» Für Martin Ulrich eine schwierige Sache, weil sie damit wertvolle Zeit bei der laufenden Teilrevision der Ortsplanung verloren hätten.

Die Fusion hat uns gestärkt, aber...

Bringen Fusionen nicht, was versprochen wurde? Martin Ulrich verweist auf drei Gemeindebuchhaltungen, drei Steuerämter, Teile der Schule usw. die heute eingespart und zusammengeführt sind: «Unternehmerisch gesehen, führt das zu Einsparungen. Der Kanton unterstützte uns zusätzlich mit finanziellen Mitteln, mit denen wir Schulden abbauen konnten. Dank der Grösse sind wir heute eine anerkannte Zentrumsgemeinde. So gesehen, hat uns die Fusion gestärkt. Doch wir wären heute auch ohne Fusion eine Zentrumsgemeinde; die kleinen Gemeinden hätten es alleine schwer gehabt. Sie hätten das Steueramt auch ohne Fusion mit uns zusammengeschlossen und viele Dienstleistungen eingekauft. Schlierbach macht das heute vor.» Ulrich ist aber auch der Meinung, dass die Ortsteile in der Gemeinde Triengen heute besser ausgestattet sind als

«Wir bieten mehr Dienstleistungen»

im Alleingang: «Wir bieten mehr Dienstleistungen, haben längere Öffnungszeiten am Verwaltungsschalter, alle Abteilungen sind mit Fachpersonen besetzt. Die Schulen wären wohl ähnlich aufgestellt, aber es gäbe mehr interne Verrechnungen. Kurz: Wir bieten ein umfassendes Package an Dienstleistungen.»

Aktive Demokratie

Wie beurteilt der Gemeindepräsident von Triengen den Verlust an Demokratie und Identität durch eine Fusion? «An Gemeindeversammlungen haben wir in der Regel rund 120 bis 200 Personen, und die Verteilung entspricht in etwa der Grösse der Ortsteile.» Auch könnten die Chargen in Kommissionen stets mit Personen aus allen Ortsteilen besetzt werden. Dennoch müsse er immer wieder hören: «Das hätte es nicht gegeben wenn wir noch alleine wären.» So war es beim Thema Windenergie in Kulmerau, bei der Schulhaussanierung in Winikon, wo nicht verstanden wurde, dass ausgerechnet das Schulhaus der letzten Fusionsgemeinde zuerst saniert wurde. Es war auch so, als die Bushaltestellen aufgelöst und der Schülertransport eingeschränkt wurden.

Der Gemeinderat ist gefordert

Haben die Ortsteile einer fusionierten Gemeinde in der Tat nichts mehr zu sagen? «Nein», sagt der Gemeindepräsident: «Aber wir können nicht alle Vorstellungen befriedigen.» Der Gemeinderat unternahme grosse Anstrengungen, um in Kontakt mit den Ortsteilen zu stehen. Das sei ein Dauerauftrag und werde noch eine Generation lang eine zentrale Aufgabe bleiben. Und wie sieht Martin Ulrich seine Gemeinde in zehn Jahren? «Wir werden über ein moderates Wachstum verfügen, eine Gemeinde mit rund 5000 Einwohnerinnen und Einwohnern sein. Wir sind eine wache Gemeinde, an der sich die Bevölkerung beteiligt und das wird so bleiben.»

Interviews: Bernadette Kurmann



Das Zusammengehen braucht Zeit

In diesem Jahr feiert Römerswil das 10-jährige Zusammengehen mit Herlisberg. Die Gemeindepräsidentin Ruth Spielhofer beurteilt die Fusion als einen «Gewinn für beide Seiten.» Die Zukunft ist trotzdem ungewiss.

Was hat sich in den zehn Jahren verändert? Die Gemeindepräsidentin verweist auf die Schule: «Heute gehen alle Primarschüler in Römerswil zur Schule.» Weil bereits vor der Fusion die Herlisberger Kinder in Römerswil den Kindergarten besucht hatten, war die sukzessive Überführung der Primarschulkinder kein grosser Einschnitt. Schwieriger gestaltete sich die Auflösung des Sekundar-Schulkreises Bero-münster. Obwohl diese schon vor der Fusion angekündigt war, führte die Umsetzung bei einigen Eltern zu Unmut.

Prozess des Zusammenwachsens

Die Bevölkerung der beiden Dörfer pflegte schon vor der Fusion enge Kontakte: durch die Vereine oder die Kirchgemeinde. Die gute Beziehung konnte durch die Fusion noch verstärkt werden. Es seien vor allem politische Entscheide, die immer wieder zu Auseinandersetzungen führten. Schnell einmal heisse es: Man schaut nur fürs Dorf. «Für diesen Prozess der Zusammengehörigkeit wird es noch Jahre brauchen», sagt Ruth Spielhofer.

Fusion hat Vorteile

Vor allem finanziell hat die Fusion etwas gebracht: So seien die Schulden zur Hälfte abgebaut und der Steuerfuss gesenkt worden. Ruth Spielhofer: «Investiert haben wir vorsichtig. Als die Gemeinde wuchs, wurde ein neues Schulhaus gebaut und das Mehrjahresprogramm für den Strassenbau konnte wie geplant umgesetzt werden.» Nein, viel ändern würde die

Gemeindepräsidentin bei der Finanzstrategie aus heutiger Sicht nicht. Hätte der Gemeinderat aber geahnt, dass eine Steuererhöhung – wie vor kurzem – so viel Wind machen würde, dann wäre vor allem die zweite Steuersenkung von 2,1 auf 2,0 Einheiten wahrscheinlich nicht angeregt worden: «Unser Ziel war, für die Bevölkerung einen Mehrwert zu schaffen.»

Schwierige Finanzlage

Die Steuererhöhung ist nicht primär fusionsbedingt. «Es sind die zusätzlichen Aufgaben von Bund und Kanton: Pflegefinanzierung, Kindes- und Erwachsenenschutz, Steuergesetzrevisionen und auch weniger Geld aus dem Besitzstand im Finanzausgleich, die in den kommenden Jahren ein Loch in die Gemeindekasse reissen werden. Wir mussten handeln und den Finanzhaushalt entsprechend ausrichten.» Leider habe der Grund für den Kurswechsel der Bevölkerung nicht genügend vermittelt werden können. Deshalb sei das Budget 2015 zuerst abgelehnt, danach im März 2015 dann gutgeheissen worden. Der Gemeinderat habe erkannt, dass er die Kommunikation mit der Bevölkerung verstärken müsse.

Kein Mehrwert bei der Raumplanung

Raumplanerisch hat die Fusion die Erwartungen nicht erfüllt. Zwar konnte Römerswil wachsen, weil im Gebiet Dorf einige Mehrfamilienhäuser gebaut worden sind. Ruth Spielhofer führt dieses Wachstum weniger auf den tiefen Steuerfuss zurück als auf das rela-

«Unser Ziel war, für die Bevölkerung einen Mehrwert zu schaffen.»

tiv günstige Bauland. Mit einem grossen Bevölkerungswachstum rechnet sie in den kommenden Jahren nicht mehr: Zum einen, weil Grundbesitzer am Dorfrand kein Land verkaufen wollen. Zum anderen, weil die Ortsteile Nunwil und Herlisberg als Weilerzonen definiert sind, wo per kantonalem Gesetz keine Erweiterung der Bauzonen zugelassen ist.

Und die Zukunft?

Die ungewisse Finanzsituation stellt Fragen an die Zukunft der Gemeinde. Diese werde von der Bevölkerung unterschiedlich eingeschätzt. Es gebe Stimmen, die sagten: «Für das heutige Römerswil engagiere ich mich gerne, nicht aber, wenn wir grösser werden.» Für andere sei klar, dass die Gemeinde in zehn Jahren nicht mehr selbständig sein werde. «Im Moment aber wollen wir selbständig bleiben», sagt Ruth Spielhofer. Mit dem Verweis ins Hitzkirchertal verrät sie: «Wenn es klar wäre, dass es in grösseren Gebilden weniger Probleme gäbe, dann wäre der Schritt Richtung nächster Fusion vielleicht einfacher.»



Ruth Spielhofer
Gemeindepräsidentin
Römerswil

Sicht auf Römerswil und Panorama

